



Veröffentlichungen der  
Historischen Kommission für Thüringen

Kleine Reihe

Band 63

Barbara Marshall

# Die (Wieder-)Gründung der Universität Erfurt

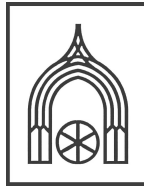
BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN

Gedruckt mit Unterstützung der Thüringer Staatskanzlei und der  
Universitätsgesellschaft Erfurt e.V.

Freistaat  
**Thüringen**



Staatskanzlei



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Böhlau, Lindenstraße 14, D-50674 Köln, ein Imprint der  
Brill Deutschland GmbH  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;  
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;  
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)  
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill  
Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag  
Antike, V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich  
geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen  
bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: 1999: Offizieller Studienbeginn an der Universität Erfurt. Foto:  
Monika Görbing/Universität Erfurt.

Korrekturat: Kornelia Trinkaus, Meerbusch

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISBN 978-3-412-52580-4

# INHALT

I.	Einführung und Fragestellung – Ostdeutsche Wieder- und westdeutsche Neugründung? .....	9
II.	Quellen und Danksagungen .....	13
III.	Hintergrund.....	15
	1. Die historisch-politische Entwicklung Thüringens .....	15
	2. Die Thüringer Hochschullandschaft .....	19
IV.	Erfurt in Zeiten des Umbruchs 1989/1990.....	25
	1. Allgemeines .....	25
	2. Initiativen zur Wiedergründung der Universität: IG „AUE“, Hochschulen und Stadt Erfurt.....	29
V.	Der rechtlich-politische Rahmen der Universitätsgründung.....	37
	1. Bundespolitik und Institutionen (Einigungsvertrag, Wissenschaftsrat, Kultusministerkonferenz und Hochschulstrukturkommissionen).....	37
	2. Die Thüringer Landespolitik: Das Kabinett Duchač/Fickel 1990-1992 .....	41
	3. Die Landesregierung und die Erfurter Initiativen zur Universitätsgründung .....	46
	4. Die Thüringer Hochschulstrukturkommission und die Stellungnahme des Wissenschaftsrats zur Gründung einer Universität in Erfurt 1992.....	54
VI.	Das Kabinett Vogel/Fickel 1992-1994 und die Gründung der Universität.....	63
	1. Ministerpräsident Vogel als Universitätsgründer .....	63
	2. Die Konzeptionen des Gründungsbeauftragten und die Arbeit der Gründungskommission.....	66
	3. Universitätsgründung und Schließung der Medizinischen Akademie .....	74

4.	Die Lage der Pädagogischen Hochschule (PHEM).....	82
4.1	Interne Entwicklungen .....	82
4.2	PHEM und Universität.....	88
VII.	Das Kabinett Vogel/Schuchardt 1994-1999.....	99
1.	Die Universität entsteht .....	99
1.1	Die juristische Gründung und das Urteil des Wissenschaftsrats vom November 1995.....	99
1.2	Die Ernennung des Leitungspersonals und die Bildung der Universitätsgremien.....	107
1.3	Philosophische und Staatswissenschaftliche Fakultät.....	117
	Exkurs: Die European School of Governance (EUSG).....	123
2.	Die Neuerungen.....	126
2.1	Neue Studienorganisationen: BA/MA-Struktur, „Credit Points“ und Studium Fundamentale .....	127
2.2	Das Max-Weber-Kolleg .....	133
2.3	Die Kommunikationswissenschaft .....	137
3.	Die Integration der Pädagogischen Hochschule und die Erziehungswissenschaftliche Fakultät .....	142
3.1	Die Integration der Pädagogischen Hochschule .....	142
3.2	Die Erziehungswissenschaftliche Fakultät .....	150
4.	Die Katholisch-Theologische Fakultät und das Martin-Luther-Institut.....	155
4.1	Die Katholisch-Theologische Fakultät.....	155
4.2	Das Martin-Luther-Institut .....	159
VIII.	Der Alltag beginnt.....	163
1.	Ein hoffnungsvoller Anfang.....	163
2.	Reformuniversität in Zeiten finanzieller Engpässe .....	168
3.	Der Weggang von Peter Glotz und die Wahl von Wolfgang Bergsdorf zum Präsidenten .....	173
4.	Das Ende des Gründungsprozesses und der Weggang der Prorektoren .....	182

IX.	Die Universität auf dem Prüfstand: Entwicklungen unter Präsident Bergsdorf.....	187
	1. Landesfinanzen und interne Spannungen.....	187
	2. Reformuniversität unter Druck .....	193
X.	Ausblick: Die Universität unter Präsident Kai Brodersen.....	201
XI.	Schlussfolgerungen .....	211

## Anhang

Abkürzungsverzeichnis .....	221
-----------------------------	-----

## Wahlergebnisse Land Thüringen und Stadt Erfurt

1. Land Thüringen.....	222
2. Stadt Erfurt .....	223

## Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellenverzeichnis .....	225
2. Literaturverzeichnis .....	229

## Register

1. Personenregister .....	237
2. Ortsregister .....	241





# I. EINFÜHRUNG UND FRAGESTELLUNG – OSTDEUTSCHE WIEDER- UND WESTDEUTSCHE NEUGRÜNDUNG?

Auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung bleibt der Transformationsprozess der untergegangenen DDR, den ihre Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft durchmachten, Mittelpunkt der zeitgeschichtlichen Forschung.<sup>1</sup> Die Entwicklungen in der Wissenschaft und den Hochschulen werden seit Langem analysiert.<sup>2</sup> Bei den Hochschulen ging es um nicht weniger als „ihre inhaltliche, strukturelle und personelle Umgestaltung nach westdeutschem Modell,“<sup>3</sup> doch unterscheiden sich die Perspektiven auf diesen Prozess u. a. in den Langzeitstudien für die großen Traditionsuniversitäten wie die Humboldt Universität Berlin oder die Universität Leipzig.<sup>4</sup> Andere Ansätze etwa gehen u. a. von „Demokratisierung“ aus.<sup>5</sup> Angesichts der Vielfalt dieser Perspektiven bemühen sich Historiker der Universität Jena um eine „vergleichenden Typologie des ‚Hochschulumbau Ost‘“.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Kerstin BRÜCKWEH, Das Vereinte Deutschland als zeithistorischer Forschungsgegenstand, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28-29 (2020), S. 4-10, mit ausführlicher Literaturübersicht. Eine Forschungsgruppe „The GDR and the European Dictatorships after 1945 from a Comparative and Historical Perspective“ verfolgt Projekte wie „Der große Umbruch. Zur Erfahrungsgeschichte der Transformation in Ostdeutschland (1970-2010)“ an der FSU Jena oder der „Zeithistorische Arbeitskreis Extreme Rechte“ am Potsdamer Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschungen (ZZF). An der Universität Potsdam wiederum arbeitet eine Gruppe von Doktoranden an Vergleichen von Disziplinen wie u. a. den Naturwissenschaften in verschiedenen Hochschulen.

<sup>2</sup> Vgl. die von Peer PASTERNAK und Daniel HECHLER zusammengestellten, umfangreichen Bibliographien des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle.

<sup>3</sup> Jürgen JOHN, Grundfragen einer vergleichenden Typologie des ‚Hochschulumbau Ost‘, in: Jens BLECHER/Jürgen JOHN (Hg.), *Hochschulumbau Ost. Die Transformation des DDR Hochschulwesens nach 1989/90 in typologisch-vergleichender Perspektive*, S. 19.

<sup>4</sup> Konrad JARAUSCH, Das Ringen um Erneuerung, 1985-2000, in: Rüdiger VOM BRUCH/Heinz-Elmar TENORTH (Hg.), *Geschichte der Universität Unter den Linden 1810-2010*, Bd. 3, S. 555-690. Ulrich VON HEHL u. a. (Hg.), *Geschichte der Universität Leipzig, 1409-2009*, Bd. 3: *Das 20. Jahrhundert 1909-2009*.

<sup>5</sup> Peer PASTERNAK, „Demokratische Erneuerung.“ Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995. Mit zwei Fallstudien: Leipzig und Humboldt Universität zu Berlin.

<sup>6</sup> Stefan GERBER, Der ‚Hochschulumbau Ost‘ in universitätsgeschichtlicher Perspektive, in: Jens BLECHER/Jürgen JOHN (Hg.), *Hochschulumbau Ost*, S. 95 f. mit ausführlichen Literaturangaben. Unter diesem Titel fand im Herbst 2018 eine Tagung an der Universi-

Neben diesen Arbeiten an bereits bestehenden Hochschulen kommt jetzt eine weitere Kategorie in den Blick: die Neugründungen nach 1990, die entweder die in der DDR entwickelten Spezialhochschulen integrierten wie die Universität Magdeburg<sup>7</sup> oder die sich aus einer DDR-Hochschule heraus entwickelten wie die Universität Potsdam.<sup>8</sup>

Die Universität Erfurt nimmt eine Sonderstellung ein. Sie ist – neben der Viadrina in Frankfurt/Oder – die einzige völlige Neugründung in Ostdeutschland nach der Wende. Zwar war auch Erfurt in der DDR Standort angesehener Einrichtungen gewesen, wie einer Medizinischen Akademie und einer Pädagogischen Hochschule – die zweitgrößte der DDR.<sup>9</sup> Die Gründung der Universität erfolgte jedoch bewusst ohne diese Einrichtungen. Die Medizinische Akademie wurde geschlossen; die „Aufgaben“ der Pädagogischen Hochschule – nicht diese selbst – wurden mit einigem Widerstreben 2001 von der Universität übernommen.

Auch die Erfurter, bis ins Mittelalter zurückgehende Universitätstradition wurde nicht beachtet. Diese Universität war berühmt als „das Bologna des Nordens“, wo u. a. Luther studiert hatte, und die ihre wichtigste Ausstrahlung mit dem Humanismus erreichte.<sup>10</sup> „Hätte es [damals] schon den Status der Elite-Universität gegeben – Erfurt wäre er mit Sicherheit verliehen worden.“<sup>11</sup> Nachdem Erfurt Anfang des 19. Jahrhunderts an Preußen gefallen war, wurde die Universität 1816 geschlossen, ihre historischen Insignien an die neu gegründete Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin verliehen. In der 1815 gegründeten Provinz Sachsen behielt man nur die Universität Halle-Wittenberg bei (nach einer Art Faustregel – je Provinz nur eine Universität).

Ein weiteres Merkmal der alten Universität war, dass sie durch die Bürger der mittelalterlichen Stadt gegründet wurde, während dies bei den meisten anderen Universitäten durch Fürsten geschah.<sup>12</sup> In der Endphase der DDR bemühte sich eine entstehende Bürgerbewegung vergeblich, diese Tradition wieder zu beleben. Eine „Interessengemeinschaft Alte Universität“ arbeitete detaillierte

---

tät Leipzig statt. Die dort gehaltenen Vorträge wurden in dem gleichnamigen Band von BLECHER/JOHN veröffentlicht.

<sup>6</sup> Jürgen JOHN, Grundfragen einer vergleichenden Typologie des ‚Hochschulumbau Ost‘, in: Jens BLECHER/Jürgen JOHN (Hg.), Hochschulumbau Ost.

<sup>7</sup> Vgl. Klaus POLLMANN, Die Otto-von-Guericke Universität Magdeburg.

<sup>8</sup> Vgl. Barbara MARSHALL, Die deutsche Vereinigung in Akademia. West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990-1994.

<sup>9</sup> Das ebenfalls in Erfurt ansässige, in der DDR einmalige „Philosophisch-Theologische Studium“ zur Ausbildung katholischer Theologen für das ganze Land wurde später Kern der Theologischen Fakultät der Universität.

<sup>10</sup> Steffen RASSLOFF, Erfurt. Die älteste und jüngste Universität Deutschlands, S. 7.

<sup>11</sup> Ebd., S. 6.

<sup>12</sup> Ebd., S. 5.

Pläne für eine „Europäische Universität Erfurt“ aus, die von der Stadt Erfurt befürwortet wurden und die Unterstützung nationaler und internationaler Persönlichkeiten fanden. Diese ostdeutschen Initiativen wurden von der Thüringer Landesregierung nicht aufgegriffen. Zu fragen ist, ob die ostdeutschen Vorarbeiten dennoch Einfluss auf die Universitätsgründung hatten.

Schlüsselfigur des Gründungsprozesses in Erfurt wurde Ministerpräsident Bernhard Vogel, der als Kultusminister in Rheinland-Pfalz bereits Erfahrung in Sachen Universitätsgründungen gesammelt hatte.<sup>13</sup> Angesichts der ausgebliebenen Reformen der westdeutschen Universitäten in den 1970er und 1980er Jahren sollte in Erfurt eine sogfältig geplante „Reformuniversität“ entstehen, wobei der von Vogel ernannte Gründungsbeauftragte Klaus-Dieter Wolff, ein ausgewiesener Experte in Sachen Universitätsgründungen,<sup>14</sup> eine herausragende Rolle spielte. Aber auch andere an der Gründung beteiligte Westdeutsche hatten bereits zu Aspekten des Hochschulwesens allgemein veröffentlicht.<sup>15</sup> In der neuen Universität Erfurt würden somit Konzepte „einer nachgeholten Universitätsreform“ verwirklicht werden.<sup>16</sup>

Für die Realisierung der geplanten Reformuniversität waren die Vorgaben der Bundespolitik im Einigungsvertrag und die der diversen hochschulpolitischen Einrichtungen wie der Wissenschaftsrat und der von ihm empfohlenen Hochschulstrukturkommission maßgebend. Deren Mitglieder wurden von der Thüringer Landesregierung ernannt, und der Landespolitik sollte die wichtigste Rolle im Gründungsprozess der Universität zukommen.<sup>17</sup>

Hinzu kam die einflussreiche Rolle der Friedrich-Schiller-Universität Jena – einer der renommiertesten Hochschulen Deutschlands – und einer Anzahl

---

<sup>13</sup> Dies betraf die Trennung der Universität Trier-Kaiserslautern in zwei selbstständige Hochschulen (1975), die Gründung der Hochschule für Unternehmensführung Koblenz als der ersten privaten Stiftungsuniversität der BRD (1984) und die Vorbereitung der Universität Koblenz-Landau (1990).

<sup>14</sup> Klaus Dieter WOLFF (Hg.), *Qualitätskonzepte einer Universität. Differenzierung, Effektivierung und Vernetzung*; DERS., *Strategie einer Universitätsgründung*.

<sup>15</sup> So etwa Peter GLOTZ, *Im Kern verrottet? Fünf vor zwölf an Deutschlands Universitäten*; DERS., *Der Auftrag der Erfurter Universität. Rede anlässlich seiner Investitur als Rektor, 9.12.1996*; Wolfgang SCHLUCHTER, *Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Vereinigung*; DERS., *Neubeginn durch Anpassung?* Dieter LANGEWIESCHE, *Wieviel Geisteswissenschaften braucht die Universität?*, in: Dorothee KIMMICH/Alexander THUMFARTH (Hg.), *Universität ohne Zukunft?*, DERS., *Wozu braucht die Gesellschaft Geisteswissenschaften?*, in: Dieter LANGEWIESCHE, *Zeitwende*.

<sup>16</sup> Vgl. den allgemeinen Überblick von Stefan GERBER, *Der ‚Hochschulumbau Ost‘ in universitätsgeschichtlicher Perspektive*, in: Jens BLECHER/Jürgen JOHN (Hg.), *Hochschulumbau Ost*, bes. S. 110 ff.: *Universitätsgründungen als Versuch einer nachgeholten Universitätsreform*.

<sup>17</sup> Vgl. Klaus DICKE, *Hochschulpolitik*, in: Thorsten OPPELLAND (Hg.), *Politik und Regieren in Thüringen*, S. 328-345.

weiterer Spezialeinrichtungen des Landes wie die spätere Technische Universität Ilmenau, die Bauhaus Universität Weimar sowie die dortige Musikhochschule Franz-Liszt. Die Situation wurde weiter kompliziert durch den alten innerthüringischen Gegensatz zwischen den Städten Erfurt und Jena, die regionalpolitische Unterschiede repräsentierten. Im neu entstandenen Land Thüringen hatte Erfurt gegenüber Jena durch den Status als Landeshauptstadt gewonnen. Für die Stadt Erfurt würde eine Universität strukturpolitisch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor bilden und zusätzliches Prestige bringen. Hier lagen einige Gründe für den Widerstand Jenas gegen eine Universität in Erfurt.

Maßgebend war auch der Einfluss des Finanzministers, der aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche des Landes von vornherein einen restriktiven Kurs vor allem in der Personalpolitik vorgab. Das anhaltende Finanzproblem stellte die größte Herausforderung bei der Erfurter Universitätsgründung dar: Konnte und sollte das Land sich eine weitere Universität leisten? Wie wurde die Finanzierung letztlich ermöglicht? Dies betraf vor allem die dafür notwendige Bereitschaft der Thüringer Landesregierung, der Erfurter Hochschule einen Sonderstatus zu gewähren.

Ein weiterer Aspekt wird sein, ob nicht auch in Erfurt der bekannte westostdeutsche Gegensatz zum Tragen kam. Denn in den Gründungsgremien waren mehrheitlich Westdeutsche vertreten. Im zuständigen Wissenschaftsministerium verfügten die fast ausschließlich westdeutschen Beamten über beträchtlichen Einfluss.

Trotz aller Widerstände kam es 1994 zur juristischen Gründung der Universität, und der Fokus der Untersuchung richtet sich nun auf die Motive und Vorstellungen der westdeutschen Gründer. Es begann die systematische Planung und Vorbereitung. Angesichts der schwierigen Ausgangslage wurde es zunächst wichtig, die Notwendigkeit einer Universität in Erfurt plausibel zu machen: Erfurt sollte eine kleine, geisteswissenschaftlich ausgerichtete Hochschule werden. Dieses ehrgeizige Konzept wird an seiner Realisierung durch ein ungewöhnliches Leitungstrio gemessen: dem bekannten SPD-Politiker Peter Glotz als Gründungsrektor, dem Heidelberger Soziologen Wolfgang Schluchter und dem Tübinger Historiker Dieter Langewiesche als Prorektoren.

Eine Frage ist, wie realistisch das hauptsächlich von Wolff und Schluchter ausgearbeitete Konzept der Reformuniversität unter den gegebenen Umständen war. Vor allem müssen die Folgen der politisch gewollten Übernahme der Aufgaben der Pädagogischen Hochschule für die Universität geprüft werden. Denn eine auf Lehramtsstudiengänge ausgerichtete Einrichtung hatte andere Strukturen als die für die Universität geplanten.

Der abschließende Teil der Untersuchung beschäftigt sich mit der Verwirklichung der Reformkonzepte. Zu welchem Grad entspricht die heutige Universität Erfurt bzw. ihre Weiterentwicklung den Absichten der Gründer?

## II. QUELLEN UND DANKSAGUNGEN

Der Gründungsprozess der Universität Erfurt ist insgesamt gut dokumentiert. Die Untersuchung beruht in erster Linie auf Aktenstudien in mehreren Archiven. Die Öffnung der Akten der Thüringer Landesregierung wird die vorliegende Untersuchung ergänzen bzw. korrigieren.

Verschiedene Personen überließen mir Material aus ihren Privatbeständen: Professor Gunther Mai (Universität Erfurt) mit besonders umfangreichen Unterlagen, die Professoren Gottfried Meinhold (FSU Jena) und Winfried Müller (vormals Medizinische Akademie Erfurt) sowie Herr Eckhardt Schön (Universität Erfurt). Herr Jens Panse vertraute mir Bände der Hochschulzeitung Campus zum Studium außerhalb der Bibliothek an. Herr Peter Hanske besorgte die Kopie des wichtigen Interviews eines Journalisten mit Professor Wolfgang Schluchter. Frau Monika Schattenmann führte mich in einige Hintergründe der Erfurter Entwicklung ein. Herr Frank-Rüdiger Halt (vormals Universität Potsdam) überließ mir Material zur politischen Aufarbeitung. Herr Dr. Bertram Triebel (FSU Jena) verschaffte mir zusätzliches elektronisches Material.

Mein besonderer Dank geht an Professor Susanne Rau, zu Beginn der Arbeit Vizepräsidentin der Universität für Forschung, für die Erlaubnis, mir kostenlose Fotokopien einzelner Akten des Universitätsarchivs zur Verfügung zu stellen – eine wesentliche Hilfe für die hauptsächlich in Großbritannien lebende Autorin. Dies war auch als Ausgleich gedacht für die nicht immer idealen Arbeitsbedingungen im Archiv. Die Akten mussten aus einem Keller hergeschafft werden. Das Archiv verfügt über keine geeigneten Arbeitsräume. Für meine Arbeit musste der Tagungsraum des Personalrats eigens hergerichtet werden. Frau Andrea Scholz, Personalratsvorsitzende der Universität, die das Archiv nur in Teilzeit betreut, gilt mein herzlicher Dank für ihre Geduld und gleichbleibende Freundlichkeit. Zusammen mit ihrer Mitarbeiterin Frau Evelin Weiß erstellte sie zahlreiche Kopien und schickte sie mir zu.

Die Bestände des Universitätsarchivs wurden mit Hilfe einer kurze Zeit beschäftigten Archivarin teilweise erschlossen. Die Akten der Pädagogischen Hochschule sind geordnet vorhanden. Die Protokolle des Gründungssenats und des Kuratoriums der Universität sind noch nicht ins Archiv gelangt, wurden mir aber dankenswerterweise vom Präsidium der Universität zur Verfügung gestellt. Die für die nachfolgenden Entwicklungen der Universität relevanten Senatsprotokolle wurden nicht benutzt; ersatzweise boten die Kuratoriumsprotokolle sowie andere Quellen jedoch umfangreiches Material.

Den folgenden Personen danke ich für besonders aufschlussreiche Gespräche: Professor Gunther Mai für wichtige Einsichten in die Situation der Pädagogischen Hochschule, ihren Übergang in die Universität und deren spätere Entwicklung. Dem inzwischen verstorbenen Rektor der Pädagogischen Hochschule, Professor Ulrich Pommer, der für unsere Gespräche stundenlange Autofahrten nach Erfurt in Kauf nahm. Professor Gottfried Meinhold führte mich in die komplexe Thüringer Regionalgeschichte und ostdeutsche Befindlichkeiten ein. Professor Winfried Müller vermittelte eine ostdeutsche Perspektive auf die Arbeit der Hochschulstrukturkommission und die Medizinische Akademie. Herr Steffen Raßloff half mit seiner umfangreichen Kenntnis der Erfurter und Thüringer Geschichte. Ihnen gilt mein Dank, verbunden mit der Bitte um Nachsicht mit der Art, mit der ihre Auskünfte verwendet wurden.

Besonders danke ich der Ernst-Abbe-Stiftung, Jena, für ihre großzügige finanzielle Unterstützung bei der Erforschung und Bearbeitung des Projekts sowie Herrn Professor Gunther Mai für die redaktionelle Bearbeitung des Manuskripts für den Druck. Der Historischen Kommission für Thüringen und der Universitätsgesellschaft Erfurt bin ich dankbar für ihre Beiträge zu den Druckkosten.

Die Liste der weiteren Gesprächspartner/innen ist lang,<sup>1</sup> und ihnen allen danke ich für ihre Zeit und Geduld. Angesichts dieser Hilfe kann die Autorin nur hoffen, ein allen Beteiligten in etwa gerecht werdendes Bild der Erfurter Universitätsgründung gezeichnet zu haben.

---

<sup>1</sup> Vgl. die Liste im Quellen- und Literaturverzeichnis.

### III. HINTERGRUND

#### 1. Die historisch-politische Entwicklung Thüringens

Thüringen – der Fläche nach das kleinste der neuen Bundesländer – befindet sich in der Mitte Deutschlands und wird – da ca. ein Drittel des Landes mit Wald bedeckt ist – auch „das grüne Herz Deutschlands“ genannt.<sup>1</sup> Noch heute ist es durch kleine bis mittelgroße Ortschaften geprägt, die gleichmäßig über den Raum verteilt sind. Thüringen ist somit „ein Land ohne Metropolen“.<sup>2</sup> Entlang der alten West-Ost-Handelsstraße Via Regia entstanden eine Reihe größerer Städte von Eisenach über Gotha, Erfurt, Weimar, Jena bis Gera – alles mittelgroße Städte. Einzige Großstadt ist Erfurt.<sup>3</sup> Diese Bevölkerungsstruktur erklärt teilweise auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die weitgehend mittelständisch geprägt ist. Fehlende größere Bodenschätze führten zur Entwicklung von Leicht- und verarbeitender Industrie.<sup>4</sup> Gleichzeitig hatte das Land enge Wirtschaftsbeziehungen zum Frankfurter, Nürnberger und Leipziger Raum.<sup>5</sup>

Bemerkenswert ist Thüringens politische Entwicklung von jahrhundertelanger Kleinstaaterei zur Errichtung des Freistaats im Mai 1920. Noch zur Zeit der Reichsgründung 1871, als 22 Monarchien, drei Hansestädte und das Reichsland Elsass-Lothringen vereint wurden, kamen fast ein Drittel aller souveränen Fürsten aus Thüringen – als Bismarcks „Zaunkönige“ verspottet.<sup>6</sup> Aber gerade ihre Residenzen, Schlösser, Museen, Theater, Orchester etc. verschafften der Region ihre einzigartige kulturelle Vielfalt. Das im 17. Jahrhundert erbaute Schloss Friedenstein beherbergt heute die einmaligen Sammlungen der Forschungsbibliothek Gotha.<sup>7</sup> Sie wurde 1999 in die Universität Erfurt integriert. Die Pflege

---

<sup>1</sup> Michael EDINGER/Oliver LEMKE/Eberhard LANGE, Thüringen, in: Jürgen HARTMANN (Hg.), Handbuch der deutschen Bundesländer, S. 615 f.

<sup>2</sup> Torsten OPPELLAND, Thüringen – ein etwas unterschätztes Bundesland, in: DERS. (Hg.), Politik und Regieren in Thüringen, S. 5. Im Jahr 2015 hatten über 65 % aller Gemeinden maximal 1.000 Einwohner, und lediglich 3,9 % der Orte hatten mehr als 10.000 Einwohner.

<sup>3</sup> Mit 213.699 Einwohnern Ende 2019 ist auch Erfurt kaum eine große Stadt. Google, mit Zitat von Eurostat. Eingesehen 4.5.2021.

<sup>4</sup> Steffen RASSLOFF, Geschichte Thüringens, S. 75.

<sup>5</sup> Arno WASCHKUHN/Alexander THUMFAHRT, Politik in Ostdeutschland, S. 123.

<sup>6</sup> Vgl. Steffen RASSLOFF, Geschichte Thüringens, S. 73.

<sup>7</sup> Vgl. Kathrin PAASCH, Die Forschungsbibliothek Gotha und ihre Schätze.

dieses kulturellen Reichtums bedeutet zwar eine finanzielle Belastung für das Land,<sup>8</sup> er wird aber gleichzeitig als Touristenattraktion ein immer wichtigerer Wirtschaftsfaktor.<sup>9</sup>

Mit der Reichsgründung beschleunigte sich die Industrialisierung in Thüringen. „Besonders Jena entwickelte sich zu einem Musterbeispiel des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.“<sup>10</sup> Hier hatte Carl Zeiss 1846 eine Werkstatt für mechanische und optische Instrumente eröffnet. Erfurt wurde Verkehrsknotenpunkt und Industriezentrum der Metall-, Schuh- und Textilindustrie.

Gleichzeitig wurde Thüringen das Zentrum der Arbeiterbewegung. In Eisenach konstituierte sich 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). Aus ihr ging nach dem Zusammenschluss mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) 1875 in Gotha die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) hervor, die sich auf dem Parteitag 1891 – wiederum in Thüringen, in Erfurt – in Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) umbenannte. In den Reichstagswahlen von 1912 wurde sie die beherrschende Kraft in Thüringen.<sup>11</sup> Im Ersten Weltkrieg konstituierte sich der linke Flügel der SPD 1917 in Gotha als Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), die ein sofortiges Ende des Krieges forderte.

Mit der Weimarer Republik ist ein weiterer Thüringer Ort mit der deutschen Geschichte verbunden. In Weimar tagte ab Februar 1919 die Deutsche Nationalversammlung, die u. a. die Verfassung der neuen Republik ausarbeitete.<sup>12</sup> Nach dem Rücktritt der Fürsten als Folge der Revolution von 1918 schlossen sich im Mai 1920 die sieben ehemaligen Kleinstaaten zum Land Thüringen zusammen mit Weimar als Hauptstadt, allerdings ohne die Stadt Erfurt, die – auf kurmainzischem Gebiet gelegen – Anfang des 19. Jahrhunderts an Preußen gefallen war und erst 1945 mit den anderen preußischen Gebieten Teil Thüringens wurde.<sup>13</sup> „Dies lag sowohl an der preußischen Regierung als auch an der propreußischen Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung.“<sup>14</sup>

Die politische Polarisierung des Landes zeigte sich erneut in der Phase des „roten Thüringen“ mit der Wahl einer SPD/USPD Koalition im Oktober 1921,

---

<sup>8</sup> Vgl. Steffen RASSLOFF, *Geschichte Thüringens*, S. 78-80 für eine kurze Übersicht der kulturellen Vielfalt.

<sup>9</sup> Vgl. Torsten OPPELLAND, *Thüringen*, in: DERS. (Hg.), *Politik und Regieren in Thüringen*, S. 5.

<sup>10</sup> Steffen RASSLOFF, *Geschichte Thüringens*, S. 7.

<sup>11</sup> Ebd., S. 77.

<sup>12</sup> Auch die Reichsverfassung wurde von Präsident Ebert in Thüringen unterzeichnet, in Schwarzburg im Thüringer Wald. Ebd., S. 83.

<sup>13</sup> Klaus DICKE, *Der Aufbau funktionierender politischer Strukturen*, in: Torsten OPPELLAND (Hg.), *Politik und Regieren in Thüringen*, S. 18.

<sup>14</sup> Steffen RASSLOFF, *Geschichte Thüringens*, S. 82.



die „eine intensive linksdemokratisch-sozialistische Reformpolitik [verfolgte], wie sie in Deutschland ihresgleichen suchte“.<sup>15</sup> Besonders die Gründung des Bauhauses 1919 war umstritten und wurde von großen Teilen des Bürgertums als „Kulturbolschewismus“ abgelehnt. Den Höhepunkt erreichte die Entwicklung 1923 mit Hyperinflation, dem drohenden „Marsch auf Berlin“ der völkischen Rechten in Bayern durch Thüringen und mit der Aufstellung von proletarischen Hundertschaften durch die KPD, was den Einmarsch von Reichswehr-Einheiten provozierte.

Die Folge war der schnelle Aufstieg der NSDAP. 1926 hielt die Partei ihren ersten Reichsparteitag nach ihrer Wiedergründung in Weimar ab; 1930 zog zum ersten Mal ein Nationalsozialist als Minister in ein Kabinett ein: Wilhelm Frick als Innen- und Volksbildungsminister. Bei den Landtagswahlen 1932 gewann die NSDAP 42,5 % der Stimmen (gegenüber 37,3 % im Reich) und bildete (noch vor der „Machtergreifung“ im Reich) unter dem berüchtigten NS-Gauleiter Fritz Sauckel eine mehrheitlich aus Nationalsozialisten bestehende Landesregierung. Ab 1934 war Thüringen nur noch Verwaltungsbezirk und entwickelte sich zu Hitlers „Mustergau“,<sup>16</sup> dessen Industrie besonders wichtig für die Kriegswirtschaft wurde.<sup>17</sup> Erfurt wurde zum Wirtschafts- und Verwaltungszentrum sowie zum rasant wachsenden Militär- und Rüstungsstandort. Der Stadt kam „im Aufbau und Stabilisierungsprozess des Dritten Reiches erhebliche regionale Bedeutung zu.“<sup>18</sup>

Aber auch auf andere Weise arbeitete man dem Regime zu. In Sichtweite der Hochburg der deutschen Kultur, Weimar, errichtete man das KZ Buchenwald, dessen Außenlager Dohra bei Nordhausen sich schnell zu einem der gefürchtetsten Arbeitslager der SS entwickelte. In Erfurt hatte die Firma Topf & Söhne seit 1878 Heizungs- und Brennanlagen produziert. Im Dritten Reich entwickelte man den Bau von Krematorien „ohne erkennbaren Drang von außen“, stolz auf die technischen Möglichkeiten und ohne jede moralische Reflexion: „Der Mord

---

<sup>15</sup> Dies zeigte sich u. a. in Maßnahmen wie der Einführung neuer Feiertage (1. Mai und 9. November) auf Kosten kirchlicher; eine Bildungsreform und 1919 in der Gründung des Bauhauses in Weimar unter Walter Gropius. Bereits 1925 erzwang der Umschwung in der Landespolitik den Umzug des Bauhauses nach Dessau. Ebd., S. 85 f.

<sup>16</sup> So der Titel des Werkes von Steffen RASSLOFF, *Der „Mustergau“*. Thüringen zur Zeit des Nationalsozialismus.

<sup>17</sup> Die schon in der Weimarer Republik – damals noch unter dem Versailler Vertrag illegal entwickelte – Produktion von Pistolen und Maschinengewehren der Firma Rheinmetall Borsig AG in Sömmerda wurde beispielsweise nach 1933 enorm gesteigert, was später „nahezu den gesamten Bedarf des Heeres eindeckte“. In Jena stellte die Firma Zeiss u. a. kriegswichtige Entfernungsmesser für Superschlachtschiffe wie die „Bismarck“ her. Willy SCHILLING, *Hitlers Trutzgau*, Bd. 1, S. 59 f.

<sup>18</sup> Steffen RASSLOFF, *Geschichte der Stadt Erfurt*, S. 131.

an Millionen von Opfern des Nationalsozialismus [wäre] ohne diese technische Unterstützung aus Thüringen nicht möglich gewesen.“<sup>19</sup>

1945 fand sich das Gebiet nach einer kurzen Besetzung durch amerikanische Truppen innerhalb der Sowjetisch Besetzten Zone. Erst jetzt entstand das Land Thüringen, das im Wesentlichen dem heutigen Umfang entspricht,<sup>20</sup> wobei die Funktionen einer Hauptstadt ab 1948 schrittweise auf Erfurt übergingen. Schon 1952 kam es zur Einführung des „demokratischen Zentralismus“ mit der Teilung des Landes in die drei Bezirke Erfurt, Gera und Suhl. Dabei litten „die drei Thüringer Bezirke [...] als südwestliche Randbezirke zur Bundesrepublik besonders unter dem inhumanen Grenzregime“.<sup>21</sup> Es herrschte ein eisiges politisches Klima. Im Juni 1953 kam es auch in Thüringen zu Protesten, die sich aber nicht so radikal wie in Berlin und anderswo entwickelten.

Die wahre Einstellung der Erfurter Bevölkerung zeigte sich beim ersten Besuch eines westdeutschen Bundeskanzlers in der DDR am Rande eines Treffens zwischen Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph am 19.3.1970 in Erfurt.<sup>22</sup> Vor dem Hotel Brandts durchbrachen Erfurter Bürger die Absperrungen der Stasi mit Rufen „Willy Brandt ans Fenster“. Dieser zeigte sich und versuchte, die Menge zu beruhigen – auch für Brandt einer der emotionalsten Momente seiner politischen Laufbahn, drückten die Erfurter doch das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen aus,<sup>23</sup> die Grundlage seiner Politik des „Wandels durch Annäherung“. Für Erfurt war es „das bedeutendste Ereignis des 20. Jahrhunderts“.<sup>24</sup>

Doch hatte dies keine unmittelbaren Folgen. Die Ersten Parteisekretäre der Bezirke waren besondere „Hardliner“, was sich gut an der Einstellung zum 1983 weltweit gefeierten „Lutherjahr“ anlässlich des 500-jährigen Geburtstags des Reformators zeigte. So kommentierte der Erfurter SED-Sekretär Gerhard Müller das Ende des Jahres: „Jetzt hat es sich ausgeluthert, jetzt wird wieder

---

<sup>19</sup> DERS., Mustergau, S. 99 ff. Ein Ingenieur der Firma meldete ein Patent an „für einen kontinuierlich arbeitenden Leichenverbrennungsofen für Massenbetriebe“. In der DDR wurde aus dem Werk der VEB Mälzerei und Speicherbau (EMS) und erst nach dessen Konkurs 1996 durch eine Bürgerinitiative in einen Erinnerungsort umgewandelt. Vgl. hierzu ausführlich Annegret SCHÜLE, *Industrie und Holocaust: Topf und Söhne, die Ofenbauer von Auschwitz*.

<sup>20</sup> Torsten OPPELLAND, *Thüringen*, in: DERS. (Hg.), *Politik und Regieren in Thüringen*, S. 5.

<sup>21</sup> Steffen RASSLOFF, *Friedliche Revolution*, S. 24 ff.

<sup>22</sup> DERS. (Hg.), „Willy Brandt ans Fenster!“ *Das Erfurter Gipfeltreffen 1970 und die Geschichte des Erfurter Hofes*.

<sup>23</sup> Willy BRANDT, *Erinnerungen*, S. 226: „Der Tag von Erfurt. Gab es einen in meinem Leben, der emotionsgeladener gewesen wäre?“

<sup>24</sup> Steffen RASSLOFF, *Geschichte der Stadt Erfurt*, S. 145.

Karl Marx in die Knochen geblasen.“<sup>25</sup> Auch das MfS (mit der Bezirksleitung Erfurt) verbreitete „in besonderem Maße jenes Klima der Angst und Verunsicherung, das [...] zum Machterhalt der Partei entscheidend beitrug“.<sup>26</sup>

Es waren jedoch auch die gigantischen Prestigeobjekte der Partei, die seit 1982 als „Chefsache“ betrieben wurden, die Proteste gegen die Machthaber provozierten. Geplant waren u. a. der teilweise Abriss des mittelalterlichen Andreasviertel in Erfurt und die Umgestaltung des Domplatzes zum zentralen Demonstrationsort mit einem Denkmal für die Arbeiterbewegung bzw. Karl Marx.<sup>27</sup>

Gleichzeitig zeigte sich auch in Erfurt der wirtschaftliche Niedergang der DDR. Im Südosten der Stadt befand sich der Standort des Mikroelektronikprogramms der gesamten DDR – jener kostspielige Versuch, auf diesem Gebiet mit der Bundesrepublik gleichzuziehen. 1989 waren die Anlagen bereits veraltet.

In den Winterhalbjahren war Erfurt „permanent von Smog geplagt“.<sup>28</sup> Umweltverschmutzung, Warenmangel, zerfallende Bausubstanz der Altstadt, zunehmende Republikflucht, Entwicklungen in den anderen Ostblockstaaten und die Entschlossenheit der DDR-Regierung, Reformen in der DDR nicht zuzulassen – die Unzufriedenheit und der Frust in der Bevölkerung erreichten einen scheinbar unumkehrbaren Höhepunkt.

## 2. Die Thüringer Hochschullandschaft

Die Hochschullandschaft Thüringens war von der historischen Gliederung des Gebiets beeinflusst. In der Regel gingen die Hochschulgründungen auf die Initiative einzelner Landesfürsten zurück. Die 1558 ins Leben tretende Universität Jena, die „Salana“ („an der Saale“), war eine Gründung der Ernestiner, die trotz der verschiedenen Erbteilungen zur „Sächsischen Gesamtuniversität“ aller Thüringer Fürstentümer wurde. Die Gründung der Universität in Erfurt, der „Hierana“ („an der Gera“), 1379 bzw. 1389 hingegen erfolgte auf Beschluss des dortigen Stadtrats als Zeichen des „Selbstbewusstsein(s) ... der Erfurter Bürgerschaft“.<sup>29</sup> Trotz früher Blüte<sup>30</sup> verlor die Hochschule später stetig an Bedeutung

<sup>25</sup> DERS., *Friedliche Revolution*, S. 33.

<sup>26</sup> DERS., *Geschichte der Stadt Erfurt*, S. 152. 1989 arbeiteten in den drei Bezirken 7.000 hauptamtliche und 19.000 informelle Mitarbeiter. DERS., *Friedliche Revolution*, S. 25.

<sup>27</sup> Ebd., S. 26.

<sup>28</sup> Ebd., S. 28.

<sup>29</sup> DERS., *Erfurt. Die älteste und jüngste Universität Deutschlands*, S. 5. Die unterschiedlichen Daten ergeben sich daraus, dass das erste Privileg von 1379 wegen des Großen

und wurde 1816 geschlossen – als Erfurt an Preußen fiel, das bereits eine Anzahl anderer Universitäten besaß und für die 1815 gegründete Provinz Sachsen nur die Universität Halle-Wittenberg beibehielt.<sup>31</sup>

Beinahe zeitgleich mit der Schließung der Erfurter Universität erreichte die Universität Jena – die größte Einrichtung der Region – Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts eine frühe Blüte.<sup>32</sup> Mit der Gründung des Landes Thüringen 1920 wurde sie Landesuniversität. 1932 erhielt sie den heutigen Namen, Friedrich-Schiller Universität Jena.

In der DDR war die Hochschullandschaft durch ein Nord-Südgefälle gekennzeichnet, das sich durch die territoriale Neuordnung am Ende des Zweiten Weltkriegs ergeben hatte. Die vormals preußischen Universitäten Königsberg und Breslau befanden sich nun in der Sowjetunion bzw. in Polen; die nahegelegene Universität Göttingen war Teil der Bundesrepublik. In der DDR blieben im Norden des Landes daher nur Greifswald, Rostock und Berlin, gegenüber den südlicheren Bereichen mit Halle (Sachsen-Anhalt), Leipzig (Sachsen) und Jena in Thüringen.<sup>33</sup> Doch versuchte das Regime, dieses Manko durch die Gründung zahlreicher Spezialhochschulen auszugleichen, wie die der Akademie für Staat und Recht und die der Juristischen Hochschule in Potsdam oder die Gründung von Medizinischen Akademien u. a. in Erfurt, Magdeburg und Dresden. Gleichzeitig wurden damit die bestehenden Universitäten geschwächt, denen das SED-Regime allgemein mit Misstrauen gegenüberstand, repräsentierten sie doch jenen „bürgerlichen Geist“, von dem eine mögliche Gegnerschaft zum sozialistischen System ausgehen konnte. Daher wurde auch die Forschung zum Teil aus den Universitäten ausgegliedert, und Berufungen, vor allem seit den 1960er Jahren, setzten eine „richtige“ politische Orientierung voraus.<sup>34</sup>

Die Spezialhochschulen erreichten häufig ein hohes Niveau, wie die 1954 in Erfurt gegründete Medizinische Akademie, an der zahlreiche erstklassige Ärzte ausgebildet wurden, und deren Frauenklinik – die größte ostdeutsche Einrichtung dieser Art<sup>35</sup> – einen besonders guten Ruf genoss (vgl. Kap. IV.2.). Mitglie-

Schismas 1389 erneuert wurde. Bei Gültigkeit des ersten Datums wäre Erfurt die älteste Universität vor Heidelberg (1386) und Köln (1389).

<sup>30</sup> Hier studierte u. a. Luther, der die Universität als „seine Mutter bezeichnete, der er alles verdankte“. Ebd., S. 9.

<sup>31</sup> DERS., *Mitteldeutsche Geschichte*, S. 153.

<sup>32</sup> Zu ihren Hochschullehrern zählten um 1800 u. a. Fichte, Hegel, Schelling, Schlegel und Schiller.

<sup>33</sup> Gertrude BUCK-BECHLER u. a. (Hg.), *Hochschulen in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland*; DIES. u. a. (Hg.), *Hochschuleerneuerung in den neuen Bundesländern*.

<sup>34</sup> Vgl. Ralph JESSEN, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*.

<sup>35</sup> TA, 2.3.1992.

der der MAE wurden später die aktivsten Unterstützer einer Universitätsgründung in Erfurt.

Die Pädagogischen Hochschulen wurden durch die Verleihung von Promotions- und Habilitationsrechten aufgewertet und dienten der Ausbildung von „sozialistischen Persönlichkeiten“. Sie standen daher unter der besonderen Aufmerksamkeit der DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker und waren ihre „Lieblingskinder“.<sup>36</sup> In Erfurt wurde im Jahr 1953 ein „Pädagogisches Institut“ gegründet, aus dem 1969 die Pädagogische Hochschule „Dr. Theodor Neubauer“ Erfurt/Mühlhausen entstand mit der Aufgabe, die Lehrerbildung aller Schularten des Landes durchzuführen. Sie blieb bis 1990 im Wesentlichen unverändert bestehen. Noch im Februar 1989 wurde ihr Lehrangebot erweitert durch die Einführung der Informatik.

Seit 1952 bestand in Erfurt auch das Philosophisch-Theologische Studium zur Ausbildung von katholischen Priestern der DDR. Dass eine solche Hochschule im sozialistisch-atheistischen System während der gesamten Existenz der DDR offenbleiben konnte, gehört zu den Merkwürdigkeiten dieses Staates. Nach dessen Ende bestand die Gefahr der Schließung, doch wurde sie durch die schon früh geplante Integration in die Universität Erfurt gerettet, was nach einigen Schwierigkeiten Anfang 2003 geschah (vgl. Kap. VII.4.).

Innerhalb der Hochschulen der DDR war die ideologische Durchdringung allgemein stark. In der PHEM war dies besonders im Institut für Lehrerbildung bzw. dessen Nachfolgeinstitut für Unterstufenmethodik der Fall sowie in der Germanistik, weniger in den Naturwissenschaften. Das Studium war gut strukturiert mit intensiver Betreuung in kleinen Seminargruppen, was gleichzeitig die politische Kontrolle ermöglichte. Die Ergebnisse waren jedoch auch positiv: kurze Studienzeiten, mit garantierter Arbeitsstelle nach dem Abschluss, da die Zulassung zum Studium nur in den Bereichen möglich war, in denen ein Arbeitskräftebedarf bestand.

Die PHEM war zu DDR-Zeiten einer der größten Arbeitgeber der Stadt – ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung der Landesregierung, sie nach der Wende weiter bestehen zu lassen. Aus diesen strukturpolitischen Erwägungen unterstützte die Stadt die Wiedergründung der Universität. Andererseits war jedoch angesichts der bisherigen Sonderstellung der FSU Jena als einziger Landesuniversität deren Gegnerschaft gegen eine Neugründung in Erfurt zu erwarten. Eine Universität in Erfurt war in den Augen Jenas „unnötig wie ein Kropf“.<sup>37</sup>

<sup>36</sup> „Lieblingskind“ Nr. 1 war die Pädagogische Hochschule Potsdam, die größte PH in der DDR.

<sup>37</sup> In dem Sinne äußerten sich mehrere Jenaer Gesprächspartner.

Hier war die Landespolitik gefordert. In Brandenburg wurde die Potsdamer PH unter Hereinnahme von Teilen am Ort bestehender DDR-Einrichtungen zur Universität entwickelt. In Sachsen-Anhalt wurde trotz der Existenz der Traditionsuniversität Halle die Universität Magdeburg unter Einschluss der am Ort bestehenden Einrichtungen (Technische Universität, Medizinische Akademie und Pädagogische Hochschule) gegründet. In Sachsen, wo die Universität Leipzig eine der FSU Jena in Thüringen ähnliche Monopolstellung hatte, wertete der dortige Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer die TU Dresden unter Eingliederung u. a. der Pädagogischen Hochschule und Medizinischen Akademie zur Volluniversität auf,<sup>38</sup> wohl auch um der Universität Leipzig – der größten Universität der DDR – „den Rang streitig zu machen“.<sup>39</sup> Die Thüringer Landespolitiker gingen bei der Universitätsgründung in Erfurt andere Wege.

Die Entwicklung der Thüringer Hochschullandschaft begann mit der Hochschulrahmenverordnung vom 18. September 1990 – eine der letzten Amtshandlungen der DDR-Regierung – die den neu konstituierten Ländern die Möglichkeit gab, das Hochschul- und Wissenschaftssystem der DDR in einer mit dem Hochschulrahmengesetz der Bundesrepublik Deutschland kompatiblen Art umzuwandeln, sodass es letztlich in das Wissenschaftssystem der Bundesrepublik integriert werden konnte. Auf der Grundlage dieser Verordnung verabschiedete der Thüringer Landtag am 19. April 1991 ein vorläufiges Thüringer Hochschulgesetz, das eine Neugestaltung der Hochschulen bei Weiterführung des Lehrbetriebes ermöglichte. Gleichzeitig setzte der Wissenschaftsminister auf der Grundlage von Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine Hochschulstrukturkommission ein, die vom 14. März 1991 bis zum Dezember 1992 tätig war (vgl. Kap. V.4.).

Im Juni 1992 verabschiedete der Landtag das erste Hochschulgesetz, für dessen Umsetzung regelmäßig „Landeshochschulpläne“ erstellt bzw. später „Rahmenvereinbarungen“ zwischen den Rektoren bzw. Präsidenten der Hochschulen und auf Landesseite dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister und dem Wissenschaftsminister vorgesehen wurden.<sup>40</sup> Das Hochschulgesetz durchlief verschiedene Änderungen und erfuhr 2003 eine größere Novellierung, mit der die Bologna-Reformen in Thüringen verankert wurden. 2006 kam es zu einer Neufassung, die auf eine Stärkung der Hochschulautonomie und der Leitungsstrukturen der Hochschulen zielte; die Umsetzung der Bologna-Reform

<sup>38</sup> Steffen RASSLOFF, *Kleine Geschichte der Stadt Dresden*, S. 81.

<sup>39</sup> Arno WASCHKUHN/Alexander THUMFAHRT, *Politik in Ostdeutschland*, S. 122. – Meyer war von April bis Oktober 1990 der letzte Bildungsminister der DDR und als solcher im Prozess der Wiedervereinigung auf der DDR-Seite der leitende Vertreter bei den Verhandlungen über die Zusammenführung der Bildungssysteme. Im Oktober 1990 wurde er sächsischer Minister für Wissenschaft und Kunst.

<sup>40</sup> Klaus DICKE, *Hochschulpolitik*, in: Torsten OPPELLAND (Hg.), *Thüringen*, S. 340.

wurde obligatorisch (vgl. Kap. IX.2). Die Kompetenzen der Hochschulleitungen wurden u. a. durch Übertragung des Berufsrechts gestärkt und das bisherige Kuratorium durch Hochschulräte als strategische Beratungsorgane ersetzt.<sup>41</sup> Diese Vorgaben wurden auch an der gerade gegründeten Universität Erfurt umgesetzt.

Die Hochschullandschaft Thüringens war in mehrfacher Hinsicht differenziert und ausgewogen: mit der Friedrich-Schiller-Universität als traditionsreicher „Voll-Universität“, der geistes- und sozialwissenschaftlich ausgerichteten Universität Erfurt einschließlich der Forschungsbibliothek Gotha, der Technischen Universität Ilmenau, der Bauhaus-Universität Weimar sowie der Musikhochschule Franz Liszt Weimar. Zusammen mit den vier Fachhochschulen in Erfurt, Jena, Nordhausen und Schmalkalden erstreckt sich die strukturpolitisch wichtige regionale Verteilung auf nahezu das gesamte Gebiet Thüringens.<sup>42</sup> Vor allem die Fachhochschulen sollten die in den neuen Ländern fast weggebrochene Industrieforschung beleben.

Größtes Problem blieb jedoch die Finanzierung, unter dem die neu gegründete Universität Erfurt mit ihren dem Aufbau geschuldeten Bedürfnissen besonders litt. Obwohl sich die politischen Parteien zu allen Hochschulstandorten bekannten, stand seit ihrer Gründung „immer wieder die Frage im Raum, ob die zehn Hochschulen des Landes nicht [die] Finanzkraft [des Landes] über die Maßen strapazieren“.<sup>43</sup> Die finanzielle Schwäche zeigt folgender Vergleich: „Thüringen liegt trotz eines signifikanten Anstiegs der Hochschulfinanzierung mit einer Steigerungsrate von 17,7 % (2004-2013) gegenüber Hamburg (85 %) oder Baden-Württemberg (51 %) bei gleichzeitigem Anstieg der Studierenden zwar vor Sachsen (6 %), aber doch auf einem deutlich nachrangigen Platz.“<sup>44</sup>

---

41 Ebd., S. 333.

42 Ebd.

43 Ebd., S. 337.

44 Ebd., S. 343.





## IV. ERFURT IN ZEITEN DES UMBRUCHS 1989/1990

### 1. Allgemeines

Die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung erreichte einen Höhepunkt im Frühjahr 1989 und führte zu ersten Protesten im Zusammenhang mit den Fälschungen der Wahlergebnisse vom Mai 1989.<sup>1</sup> Damit begann jener „dramatische Legitimationsverlust der Herrschenden“,<sup>2</sup> der in den Ereignissen vom Herbst 1989 seinen Höhepunkt erreichen sollte. Hinzu kam die sich verbreitende Kenntnis von Privilegien aller Art, die die Führungsriege des Regimes genossen hatte, das „mit einem Gleichheitsanspruch angetreten war“.<sup>3</sup> Auch die desolate Lage der Wirtschaft trug zur schlechten Stimmung bei. Für die Bevölkerung Erfurts kamen, wie erwähnt, noch die städtebaulichen Vorhaben der Parteileitung und die extreme Luftverschmutzung hinzu.

Obwohl sich über den Sommer und Frühherbst in verschiedenen Orten einzelne oppositionelle Gruppen formten, war Thüringen kein „spektakuläres Zentrum der Wendebewegung“.<sup>4</sup> Es fehlten die größeren städtischen Metropolen wie Leipzig, Dresden oder Berlin. Doch hielt sich auch in Thüringen die allgemeine Missstimmung auf hohem Niveau, was sich in der anschwellenden Flüchtlingswelle zeigte, durch die sich die Bevölkerung des Landes von 2.723.268 am 31.12.1988 auf 2.611.319 Ende 1990 verringerte.<sup>5</sup>

In Erfurt war eine der ersten aktiven Oppositionsgruppen die „Offene Arbeit“ um den protestantischen Diakon Wolfgang Musigmann, die mit der Schaffung einer Umweltbibliothek und der Forderung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung aktiv wurde. Die evangelische Kirche wurde allgemein wichtig für die Oppositionsgruppen. Laut Berichten des MfS nahm „gegenwärtig [...] die von Probst Falcke geleitete Probstei Erfurt eine beson-

---

<sup>1</sup> Am 16.2.1990 veröffentlichte die Erfurter Stadtverordnetenversammlung den Abschlussbericht zur Kommunalwahl vom Mai 1989, in dem auch hier Wahltäuschung nachgewiesen wurde. Jürgen JOHN (Hg.), Thüringen 1989/90, S. 302-304. Zur Bedeutung der Wahlfälschungen für die friedliche Revolution vgl. Ilko-Sacha KOWALCZUK, Endspiel, S. 322 f.

<sup>2</sup> Andreas DORNHEIM, Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90, S. 19.

<sup>3</sup> Ebd., S. 20.

<sup>4</sup> Steffen RASSLOFF, Friedliche Revolution, S. 25.

<sup>5</sup> Im Jahre 2012 hatte sich die Bevölkerungszahl als Folge von Abwanderung und Geburtenrückgang nach der Wende weiter auf 2.170.460 verringert. Ebd., S. 56. 2020 waren es noch 2,120 Mio.